

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 19. Dezember 1968

Blatt 3864

Budgetdebatte sechster Tag:

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

19. Dezember (RK) Im ersten Referat des heutigen sechsten Tages der Budgetberatungen im Wiener Rathaus referierte Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ) über das Kapitel IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Die Bedeutung der städtischen Wohnhäuserverwaltung umriß der Berichterstatter mit einer Zahl: Sie habe - mit Stichtag vom 30. November 1968 - 168.952 Wohnungen zu verwalten, wozu noch 8.826 Geschäftsräume kommen. Dennoch dürfe nicht behauptet werden, daß in Wien genügend Wohnraum vorhanden sei. Zwar gebe es rein quantitativ einen Wohnungsüberschuß, aber der qualitative Wohnungsfehlbestand sei nach wie vor vorhanden. "Was wir deshalb brauchen, ist eine Steigerung der Wohnbaukapazität, und dazu entsprechende gesetzliche Maßnahmen, die eine echte Sanierung des erhaltungswürdigen Althausbestandes zu erträglichen Bedingungen möglich machen", erklärte Suttner.

Die soziale Wiener Wohnbauförderung

Der Gemeinderat hat mit seinem Beschluß vom 20. Dezember 1967 einen entscheidenden Schritt zur Steigerung der Baukapazität getan. Ein erster Rückblick zeigt, daß der Beschluß richtig war.

./.

Die Wiener Bevölkerung ist durchaus bereit, einen angemessenen Betrag, der auch den Einkommensverhältnissen entspricht, für eine Wohnung zu leisten, wenn sie dabei das Gefühl hat, nicht übervorteilt zu werden.

Durch die Praxis wurde bestätigt: die verschiedenen Maßnahmen für die sozial Schwächeren bieten die Gewähr, daß nicht das Einkommen, sondern ausschließlich die Wohnbedürftigkeit für die Zuweisung einer Wohnung entscheidend ist. Von den seit dem Beschluß des Wiener Gemeinderates durch das Wohnungsamt vergebenen baukostenpflichtigen Wohnungen haben

59,7 Prozent der Bewerber mit oder ohne Hilfe eines zinsenlosen Sparkassenkredites die Eigenmittel zur Gänze erlegt,

27,8 Prozent haben eine Ratenzahlung durch den Wohnbaufonds und

12,5 Prozent eine gänzliche Stundung der Eigenmittel bewilligt bekommen.

Stadtrat Suttner zog Bilanz der Wohnungsvergebung im heurigen Jahr: In der Zeit zwischen dem 1. Jänner und dem 30. November wurden durch die Magistratsabteilung 50 insgesamt 5.434 Wohnungen zugewiesen. Bei den Ursachen der Wohnungszuweisung lag der Überbelag mit 1.688 an erster, der soziale Notstand mit 1.508 an zweiter Stelle. Der dritte bedeutende Faktor war bevorstehende oder schon eingetretene Obdachlosigkeit. (1.085)

Die Maßnahmen des Bundes

Zu den etwa gleichzeitig mit der sozialen Wiener Wohnbauförderung wirksam gewordenen bundesgesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens (Wohnbauförderungsgesetz 1968, Mietrechtsänderungsgesetz): "Gerade vom Mietrechtsänderungsgesetz erhofften sich die Befürworter dieses Gesetzes eine Belebung des Wohnungsmarktes und damit eine Entschärfung der nach wie vor sehr angespannten Wohnungssituation. Ich muß heute hier feststellen, beim Wohnungsamt der Stadt Wien war von einer positiven Auswirkung des Mietrechtsänderungsgesetzes nichts zu bemerken."

Im Zusammenhang mit dem Wohnungsbedarf befaßte sich Stadtrat Suttner mit den immer wieder auftauchenden Wohnungsbetrügereien. Vor kurzer Zeit habe ein Mann 26 verschiedenen Personen 207.000 Schilling herausgelockt. Eine Zeitung habe die Überlegung angestellt, wie es denn überhaupt zu solchen Betrugereien kommen könne. Er wolle dazu in aller Deutlichkeit feststellen: "Im Wohnungsamt der Stadt Wien, in der städtischen Wohnhäuserverwaltung, da leben keine "Wimmer"! Als verantwortlicher Stadtrat weise ich mit aller Entschiedenheit derartige Verdächtigungen der Beamten meiner Geschäftsgruppe zurück!" (Mit einem angeblichen "Regierungsrat Wimmer", der Einfluß auf die Vergabe von Wohnungen habe, hatte der letzte Wohnungsbetrüger seine Opfer geködert, Anm.d.Red.)

27.000 Wohnungssuchende in Vormerkung

Erstmalig seit längerer Zeit weist die Zahl der vorgemerkten Wohnungssuchenden wieder leicht steigende Tendenz auf. Mit Stichtag vom 30. November wurden 27.059 Wohnungssuchende in Vormerkung geführt. Die Zahl gliedert sich nach den einzelnen Vormerkungstatbeständen auf: 931 Familien in einsturzgefährdeten Wohnungen, 3.626 Obdachlose und von der Obdachlosigkeit bedrohte Personen, 115 Seuchenfälle, 4.627 dringende Notstandsfälle, 14.294 Überbelagsfälle, 5.159 gesundheitsschädliche Wohnungen, 1.034 getrennter Haushalt, 686 unzumutbare Wohnungen zufolge Alters, Krankheit oder körperlicher Gebrechen, 967 Ehepaare in Untermiete, 245 Bewohner von Dienstwohnungen.

Die 100.000. Wohnung

Suttner teilte den Gemeinderat mit, daß sich unter jenen 5.400 Wohnungen, mit deren Zugang im Jahre 1969 zu rechnen ist, auch die 100.000. Wohnung befinden wird, die von der Stadt Wien im Rahmen des kommunalen Wohnbaues nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wird. Diese Zahl entspricht dem gesamten Wohnungsbestand des Bundeslandes Salzburg.

Zur finanziellen Seite der Wohnhausverwaltung: Für das kommende Jahr wird ein Mietzinsertrag von 561,6 Millionen Schilling erwartet. Rund die Hälfte davon - 272,2 Millionen - stellt eine reine Durchlaufpost dar, nämlich die Betriebskosten. Diese Kosten, die seit dem August laufenden Jahres pro Quadratmeter 1,50 Schilling betragen, liegen weit unter den Sätzen, die in anderen Mietobjekten berechnet werden, von wem immer diese Objekte verwaltet werden.

Jene 120 Millionen Schilling, die für die Erhaltung der baulichen Anlagen bestimmt sind, dienen natürlich auch den Verbesserungen und Ergänzungsarbeiten an den städtischen Wohnhausanlagen und Wohnhausgärten.

In den städtischen Wohnhäusern gibt es derzeit 1.437 Aufzüge. Das bedeutet einen Zugang von 118 Aufzügen in diesem Jahr. Von nachträglichen Einbauten wurden 54 begonnen und 21 fertiggestellt. Für 1969 ist der nachträgliche Einbau von 35 Aufzügen vorgesehen.

Eine interessante Mitteilung machte Suttner im Zusammenhang mit den Grünflächen rund um die Wohnhäuser: "Die städtische Wohnhäuserverwaltung wird im kommenden Jahr den Versuch unternehmen, zunächst auf Probe in einigen Anlagen die Betreuung der Grünflächen Bewohnern der Anlagen zu übertragen, die sich dazu bereit erklären. Sollte der Versuch gelingen, soll diese Aktion dann in weiterer Folge stärker ausgebaut werden.

Versorgung der Obdachlosen

Die Obdachlosennachtigungen sind in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres gegenüber 1967 um sechs Prozent zurückgegangen. (von 457.633 auf 430.859). Es ist nämlich gelungen, die Zahl der Heimbewohner, aber auch die der Lagerbewohner in Auhof zu verringern. So wird es möglich sein, früher oder später das Lager Auhof aufzulassen, ohne daß es notwendig wird, ein zusätzliches Heim zu bauen. Die für den Bau eines neuen Heimes vorgesehenen Mittel, nämlich 30,5 Millionen, sollten nach Ansicht Suttners besser für einen Wohnhausbau verwendet werden.

Kleingarten- und Siedlungswesen

Die großen städtebaulichen Vorhaben machen es unumgänglich notwendig, da oder dort Kleingärten oder Erntelandflächen aufzulassen. Insbesondere die großen Verkehrsbauwerke bedingen immer wieder solche Absiedlungen. Das Kleingartenreferat ist aber gemeinsam mit der Stadtplanung und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Verbänden stets bemüht, zumindest zum Teil Ersatzflächen zur Verfügung zu stellen.

Suttner illustrierte das mit Zahlen. Einem Abgang an Kleingartenflächen von 52.000 Quadratmeter im Jahre 1968 steht die Erschließung neuer Flächen im Ausmaß von 23.000 Quadratmeter gegenüber. Im Voranschlag 1969 ist auch wieder ein Rahmenkredit von 200.000 Schilling für den Zentralverband der Kleingärtner und ein Kredit von einer Million für den Österreichischen Siedlerverband vorgesehen, wodurch die Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsanlagen möglich wird, aber auch zinsbegünstigte Fertigstellungskredite gewährt werden können.

Abschließend würdigte Suttner das 14jährige Wirken von Franz Glaserer als Amtsführenden Stadtrat für das Wohnungswesen. Glaserer habe durch seine Arbeit jene Voraussetzungen geschaffen, die erst die Veränderungen ermöglicht haben, wie sie durch die Wiener Wohnbauförderung entstanden sind. "Franz Glaserer hat mir durch seine Arbeit, aber auch durch sein verständnisvolles und freundschaftliches Entgegenkommen die Übernahme dieses nicht immer angenehmen Amtes wesentlich erleichtert."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Budgetdebatte sechster Tag:Wirtschaftsangelegenheiten
=====

19. Dezember (RK) Im zweiten Referat des heutigen sechsten Tages der Budgetberatungen im Wiener Rathaus referierte Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP) über das Kapitel X, Wirtschaftsangelegenheiten.

Als Gesamtausgaben sind 268 Millionen Schilling vorgesehen. Für den Blumengroßmarkt, der Ende 1969 fertig sein wird, stehen 50 Millionen Schilling zur Verfügung. Sollte es gelingen, den Grunderwerb für den restlichen Großgrünmarkt bald abzuschließen, wäre dafür ein Nachtragskredit anzufordern, um die Linke Wienzeile für den Verkehr freizumachen. Ein Drittel der Bausumme würde etwa 70 Millionen Betragen.

Für die Errichtung neuer zentraler Versorgungsanlagen in St. Marx ist eine Million Schilling für die Planung vorgesehen; für bauliche Herstellungen stehen insgesamt 75 Millionen Schilling zur Verfügung.

Für den Blumengroßmarkt sind zehn Millionen Schilling vorgesehen. Eine gemeinsame Besichtigungsreise der zuständigen Abteilungen nach Düsseldorf hat eine Klärung der technischen Voraussetzungen für die Halle des Blumengroßmarktes gebracht. Am 14. Dezember erfolgte die Systemausschreibung, um bis 14. Jänner 1969 einen Vorschlag für die zweckmäßigste und billigste Ausführung der Blumengroßmarkthalle zu erhalten.

Für den Großmarkt Inzersdorf sind nach dem Grundsatzantrag im Juli 1966 und der Anmeldung der Interessenten im Juli 1967 die Grundankaufsverhandlungen sehr weit gediehen, aber noch nicht abgeschlossen. Für die Grundfreimachung hat der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien Ersatzgrundstücke zur Verfügung gestellt.

Vom Detailmarkt am Genochplatz muß ein Teil - es handelt sich um vier Marktstände - für eine Straßenverbreiterung abgetrennt werden. Damit der Genochplatz voll funktionsfähig bleibt, müssen die vier Marktstände auf der verbleibenden Marktfläche mit einem Kostenaufwand von 600.000 Schilling neu errichtet werden.

Zentralviehmarkt St.Marx:Detailplanung

Nach dem Grundsatzbeschuß für den Zentralviehmarkt von St.Marx ist nun die Bahn frei für die Detailplanung. Es wurden Besprechungen mit allen interessierten Gruppen geführt, mit Handel, Industrie, Gewerbe, Lohnschlächtern und Markthelfern. Auch mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wurde Kontakt aufgenommen. In St.Marx mußte eine gefährliche Abnahme der Zahl der Schlachtungen festgestellt werden. Es ist wichtig, den neuen Zentralviehmarkt rasch betriebsfähig zu machen, da jedes weitere Zuwarten andere Institutionen aneifern würde, den Wiener Markt zu erobern. Es geht hierbei nicht nur um die quantitative Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Fleisch. Diese kommunale Einrichtung soll möglichst vielen Konkurrenten den Anreiz bieten, die Bewohner der Millionenstadt Wien preisgünstig und qualitätsentsprechend zu versorgen.

Auch die Tendenz der Viehmärkte war fallend. Diese Erscheinung läßt sich auch im Ausland - mit Ausnahme von Essen - feststellen. Überall entsteht die Frage, ob es zweckmäßig ist, die Viehmärkte zu erhalten, um eine größere Preistransparenz zu erreichen, oder ob möglichst viele Tiere - ohne Markt - direkt in die Schlachthöfe eingebracht werden sollen. Für tierärztliche Untersuchungen wurden 14,3 Millionen Schilling eingenommen, die Schlachthofentgelte beliefen sich auf 10,4 Millionen. In den Ausgaberrubriken sind 30,4 Millionen Schilling ausgewiesen.

Beim Marktamt betragen die Aufwendungen (ohne Neubauten) 69,9 Millionen Schilling, die Einnahmen beliefen sich auf 31 Millionen Schilling, die Personalkosten betragen 37,5 Millionen. In diesen Kosten sind sowohl Verwaltungsaufgaben als auch hoheitliche Aufgaben - Lebensmittelkontrolle auf den Märkten und in den Bezirken - enthalten.

Die Schlachtier- und Fleischuntersuchung des Veterinär-amtes garantiert der Wiener Bevölkerung, daß sie nur einwandfreies Fleisch erhält. Nach einer Statistik der Weltgesundheitsorganisation sind 70 Prozent aller Lebensmittelvergiftungen auf Lebensmittel tierischer Herkunft zurückzuführen.

Bei den Kontrollen wurden allein bei der Einfuhr von ausländischem Fleisch 57 Salmonella-Stämme gefunden. Da die Fleischprodukte von Wien aus über ganz Österreich verbreitet werden, ist die Fleischuntersuchung in der Bundeshauptstadt für unser ganzes Land von Bedeutung.

Welche wirtschaftliche Bedeutung die Vorsorge gegen die Maul- und Klauenseuche hat, zeigt die Tatsache, daß beispielsweise in England anlässlich einer derartigen Epidemie 430.000 Tiere getötet werden mußten. Der Wiener Tierbestand ist gegen die Maul- und Klauenseuche durch Schutzimpfung gesichert.

Sperrverfügungen gegen die Wutkrankheit

Gegen die gefährliche und heimtückische Wutkrankheit mußten in Wien vorbeugende Maßnahmen getroffen werden. Diese Krankheit tritt in Tirol und Vorarlberg auf, wurde aber auch schon in anderen Gebieten, so in ungarischen Komitaten, festgestellt. Die vorbeugenden Wiener Maßnahmen betreffen Sperrverfügungen und die Anschaffung von Lehrfilmen zur Warnung der schulpflichtigen Jugend. Die Wutkrankheit kann nämlich durch Eichhörnchen oder zahme Rehe ebenso übertragen werden, wie auch durch Füchse oder Marder.

Nicht nur bei den Menschen, auch bei den Tieren gibt es neue Arten von Epidemien. Die Lysteriose befällt neugeborene Tiere und ruft Entzündungen hervor, die bis zur Hirnhautentzündung führen können. In Ostdeutschland wurden 90 Prozent der Schafherden als infiziert festgestellt. Die Letalität der Lysteriose beim Menschen beträgt in der DDR etwa 37 Prozent.

Durch die Lebensmittelpolizei des Marktamtes wurden 1968 16.000 Erzeugungs- und Kleinhandelsbetriebe sowie 1.600 Großbetriebe untersucht. Außerdem wurden zirka 60.000 Revisionen und Probeabnahmen durchgeführt.

Lebensmittelkontrolle: Neue Vorschriften

Für die Lebensmittelkontrolle werden sich aus den neuen Vorschriften der Ministerien für Soziale Verwaltung, Landwirtschaft und Handel neue Aufgaben ergeben. Schon längere Zeit ist die Qualitätsklassenverordnung vorläufig nur für Äpfel und Birnen in Kraft. Ihre Ausdehnung - vorerst auf Eier und Geflügel, eines Tages auch auf Fleisch - ist zu erwarten.

Auch die Kennzeichnungspflicht des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung wird Änderungen bringen. Haben die Organe des Marktamtes bisher nur auf die ortsüblichen Preise sowie darauf achten müssen, daß die Lebensmittel nicht verfälscht oder verdorben oder falsch bezeichnet sind, muß nun auch die richtige Kennzeichnung verpackter Lebensmittel überprüft werden. Es geht dabei um Füllgewicht, Pasteurisierung, Zeitpunkt der Verpackung, Angaben von Art und Menge zugesetzter Vitamine, Angabe der Zahl der durchschnittlich herstellbaren Mahlzeiten usw.

Vor kurzem hat die Codex-Kommission beschlossen, den von einer Unterkommission bisher fertiggestellten Teil des Kapitels "Fleisch und Fleischwaren" in Druck erscheinen zu lassen. Bisher ist der Unterabschnitt "Würste" erschienen, der Bratwürste, Frankfurter, Pariser, Extrawurst, Knackwurst, Dampfwurstel, Fleischkäse, Augsburger, Leberkäse, Dürre, Burenwurst, Oderberger und Klobassen enthält. Weitere Kapitel sind in Vorbereitung. Die neue gesetzliche Regelung verbietet nicht nur die Verwendung bestimmter Stoffe, sondern setzt auch fest, welche Zusatzstoffe erlaubt sind. Die Verabreichung von Medikamenten und Stoffen mit hormonaler Wirkung an Tiere ist bereits in bestehenden Gesetzen sowie im Tierseuchengesetz geregelt.

Wien - Zentrum der Fleischverarbeitung

Wien ist ein Zentrum der Fleischverarbeitung. Von den 44 Betrieben der österreichischen Fleischwarenindustrie befinden sich 16 in Wien. Unsere Stadt mit 23,6 Prozent der Bevölkerung erzeugt 63,16 Prozent aller Fleischkonserven sowie 46,22 Prozent aller sonstigen Fleischwaren mit einem Gesamtgewicht von 32.399 Tonnen. Elf Wiener Exportbetriebe entsprechen den Richtlinien des Rates der EWG von 1964 und sind von der obersten österreichischen Veterinärbehörde nach den Mindestanforderungen der EWG-Richtlinien überprüft.

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat 1968 666 Betriebskontrollen durchgeführt. In den kontrollierten Betrieben waren insgesamt 1.332 familieneigene, 852 familienfremde und 188 ausländische Saisonarbeiter beschäftigt. Ein wichtiger Aufgabenbereich der Betriebskontrollen ist die Unfallverhütung.

Obwohl Wien mit seinen 720 Hektar Weingärten die größte Weinbaugemeinde Österreichs ist, kam kein einziger Arbeitsunfall durch Gärgase vor.

Das Detailmarktkonzept, von dem bereits im Vorjahr berichtet wurde, konnte an die Bezirke zur Stellungnahme ausgesandt werden. Die einlangenden Anregungen werden gegenwärtig verarbeitet.

Der Christkindlmarkt scheint auf dem neuen Platz wirtschaftlich zu gedeihen. Allerdings findet er in seiner Form Kritik. Man ist der Meinung, daß das Warenangebot nicht dem weihnachtlichen Charakter entspreche. Andererseits spricht der zunehmende Absatz dafür, den Christkindlmarkt an seinem gegenwärtigen Platz zu lassen.

Für die dringend nötige Erweiterung der städtischen Gastwirtschaft Schweizer Garten, die außerordentlich stark vom Publikum frequentiert wird, sind im Budget 500.000 Schilling vorgesehen. Beim Restaurant Bellevue fehlt der laut "Allgemeiner Dienstnehmer-Schutzverordnung" vorgeschriebene Aufenthaltsraum für das Personal; hierfür wären 165.000 Schilling erforderlich.

Unsere Praterunternehmer wollen den Prater noch schöner ausgestalten. Leider läßt der eine oder andere Parzelleninhaber sein Grundstück verwildern. In einem besonders krassen Fall ist eine Kündigung anhängig; der Inhaber bezahlt zwar seinen Zins, hat aber derzeit keine Mittel für eine Verbauung des Grundstückes.

Beschaffungsamt: ein Wiener Wirtschaftsfaktor

Die städtische Bäckerei wird gegenwärtig Zug um Zug modernisiert. Sie besitzt jetzt zwei Netzbandöfen, mehrere Schnellknetter, Förderbänder und eine moderne Teigknetmaschine. Die Mechanisierung erbrachte nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit (von 47,5 auf 39 Stunden), sondern auch eine beachtliche Personaleinsparung.

Das Beschaffungsamt hat mit zahlreichen Warengruppen zu tun. Es handelt sich dabei um Lebensmittel, Textilien, Wirtschaftswaren, Kanzleiartikel, Brennstoffe, Büromöbel und Schuleinrichtungsgegenstände. Für Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden in den ersten zehn Monaten des Jahres 1968 40 Millionen ausgegeben, außerdem rund 18 Millionen Schilling für Schuleinrichtungsgegenstände.

Das Beschaffungsamt beliefert 5.600 Verbrauchsstellen und hat 200 Bedienstete. Sehbehinderten Schülern wurden Lehrbücher und Klassenlesestoff in Großformat mit besonderen Druckbildern zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme hat sich bewährt und wird in diesem Jahr erweitert. Zusätzlich kam im vergangenen Jahr die Anschaffung der Bücher für die Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht hinzu, was eine Erhöhung des Budgets um 4,1 Millionen S mit sich brachte.

Nicht uninteressant für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sind die vom Beschaffungsamt eingekauften Waren zu gleichbleibenden Preisen. Während 1965 der Anteil der Waren mit gleichbleibenden Preisen 27,23 Prozent betrug, belief er sich 1967 auf 67 Prozent, im Jahr 1968 jedoch auf 71,22 Prozent.

Die Verwaltungsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten umfaßt einen beachtlichen Ausschnitt der Wiener Wirtschaft. Ihre Aufgabe ist es unter anderem, mit dazu beizutragen, daß die Versorgung der Wiener Bevölkerung und der Stadt so wirkungsvoll wie möglich erfolgt. Diese Aufgabe ist durch eigenes Wirken zu erfüllen, wie auch dadurch, anderen Teilnehmern der Wirtschaft Chancen, klare Unterlagen und Auswahlmöglichkeiten zu geben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Musikveranstaltungen in der Woche vom 23. Dezember bis 5. Jänner
=====

19. Dezember 1968 (RK)

Montag, 23. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, ÖVP-Frauenbewegung: Weihnachtsskonzert; Chorvereinigung "Jung Wien", N.Ö. Tonkünstlerorchester, Dirigenten Karl Etti und Leo Lehner (Haydn: Theresien-Messe; Werke von Wagner, Mendelssohn, Bruch, Nikolai)

Montag, 30. Dezember:

10.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Österreichisches Bundesheer: Voraufführung des Silvesterkonzertes der Wiener Philharmoniker, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Dienstag, 31. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Mittwoch, 1. Jänner:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Donnerstag, 2. Jänner:

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: "Klaviermusik zu vier Händen"; Paul Badura-Skoda und Jörg Demus (Brahms, Schubert, Debussy, Mozart)

19.30 Uhr, Wr. Urania, Mittl. Saal, Volksbildungshaus Wr. Urania: 1. Abend der Vortragsreihe "Leben und Schaffen der Strauß-Dynastie" unter Mitwirkung von Kapellmeister Eduard Strauß; Gestaltung und Leitung Karl Hans Koizar

Samstag, 4. Jänner:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Volksbildungskreis: 3. Konzert im Zyklus "Musik der Meister"; Wiener Symphoniker, Jörg Demus (Klavier), Dirigent Kurt Wöss (Brahms: 1. Klavierkonzert B-Dur; R. Strauss: "Ein Heldenleben")

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: Chorkonzert; St. John's University Men's Chorus, Dirigent Gerhard Track (Motetten, Madrigale, zeitgenössische Werke, Negro Spirituals)

19.30 Uhr, Konzerthaus Großer Saal, Jubiläums-Festkonzert anlässlich des 80. Geburtstages von Kapellmeister Julius Hermann; mitwirkend die Deutschmeisterkapelle

Sonntag, 5. Jänner:

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, N.Ö. Tonkünstlerorchester: 5. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend Jacques Abram (Klavier), Dirigent Georg Ludwig Jochum (Brahms: Klavierkonzert B-Dur; Beethoven: 3. Symphonie Es-Dur "Eroica")

"Puppenmütter-Adoption" im Wiener Rathaus

19. Dezember (RK) Im Wiener Rathaus gab es auch diesmal vor Weihnachten wieder eine "Puppenadoption". Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi hatte dazu 85 Kinder in den Wappensaal eingeladen, die im Vorjahr Puppen erhalten hatten und die sie nun nach guter und liebevoller Pflege behalten dürfen. Dieses Eigentumsrecht auf ihre "Adoptionspuppen" erhielten sie Schwarz auf Weiß in Form von Diplomen.

Der Sinn dieser von Stadträtin Jacobi ins Leben gerufenen Aktion ist es, schon kleine Mädchen auf ihre künftigen Mutteraufgaben vorzubereiten. Nicht selten kommt es vor, daß Kinder erst im Alter von dreizehn Jahren die erste Puppe ihres Lebens erhalten.

Eine Mädchenschar war darunter, welche die Puppen nun zum ersten Mal ausgefolgt erhielten. Sie haben jetzt ebenfalls ein Jahr lang zu beweisen, was Hegen und Pflegen heißt. Bei der Feier im Rathaus wirkte eine Blockflötengruppe mit, aber auch Rezitationen kamen nicht zu kurz.

- - -

Angelobung von Bezirksräten

19. Dezember (RK) Am 13. Dezember wurden von Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig in Vertretung des Bürgermeisters Dr. Otto Hynek (8. Bezirk) und Johann Gruber (13. Bezirk) als neuberufene Bezirksräte angelobt. Obermagistratsrat Dr. Franz Liska verlas die Gelöbnisformel. Die neuen Bezirksräte leisteten Stadtrat Dkfm. Hintschig mit Handschlag das Gelöbnis.

- - -

20 Jahre Pädagogisch-Psychologischer Dienst des Wiener
=====Stadtschulrates
=====

19. Dezember (RK) Gestern fand im Stadtschulrat für Wien eine Feierstunde anlässlich des 20jährigen Bestehens des Pädagogisch-Psychologischen Dienstes statt. Präsident Hofrat Dr. Neugebauer schilderte die Entwicklung dieser für die Kinder, die Eltern und die Lehrer so wichtigen Einrichtung. Schon kurze Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erkannte man die Notwendigkeit einer gut funktionierenden Beratungsstelle. Inzwischen ist diese Institution organisch durchentwickelt worden. Im Stadtschulrat für Wien hat der Landesreferent seinen Sitz, ihm unterstehen drei Beratungsstellen mit 14 Fachpsychologen und zwei Fachärzten. Dieses Team nimmt sich aller jener Kinder an, die mit ihren Schwierigkeiten in der Schule nicht selbst fertig werden können. Im vergangenen Schuljahr wurden zum Beispiel 7.113 Jugendliche erfolgreich beraten. Das Gebiet, das von den Psychologen zu bearbeiten ist, beinhaltet Probleme der Schulreife, der Begabtenauslese, der Schullaufbahn-Beratung und Erziehungs- und Lernschwierigkeiten. Der Pädagogisch-Psychologische Dienst, der zum Muster für ähnliche Einrichtungen in den Bundesländern wurde, wirkt nachhaltig auch auf Fachleute des Auslandes ein. Seine grundsätzliche Aufgabe besteht darin, eine ordentliche Lebenshilfe zu bieten.

- - -

Ab Freitag:Lobkowitz-Brücke wieder befahrbar
=====

19. Dezember (RK) Ab morgen, Freitag, 9 Uhr früh ist die Lobkowitz-Brücke in Meidling, die den Fahrzeugverkehr einige Monate nicht zur Verfügung stand, wieder in beiden Richtungen befahrbar. Sowohl vom 12. in den 15., als auch vom 15. in den 12. Bezirk können die Kraftfahrer auf einer Bitumen-Kies-Fahrbahn ihr Ziel erreichen.

- - -

Gas nicht angezündet - fünf Wohnungen zerstört
=====

19. Dezember (RK) Heute vormittag um 9 Uhr ereignete sich im 15. Bezirk, im Haus Goldschlagstraße 13, eine schwere Gasexplosion, durch die fünf Wohnungen teilweise ganz zerstört wurden. Eine 80jährige Frau hatte in ihrer Küche das Gas aufgedreht, aber vergessen, es auch zu entzünden. Durch eine elektrische Heizsonne kam es zur Explosion. Die Wohnung der alten Frau wurde total zerstört, die Nachbarwohnung und drei weitere Wohnungen in dem Haus ebenfalls arg in Mitleidenschaft gezogen. Die Frau erlitt schwere Verbrennungen. Eine Frau in der Nachbarwohnung wurde ebenfalls verletzt.

- - -

Hohe Auszeichnung für Landtagspräsident Dr. Stemmer
=====

Symbolhaft für alle, die 1945 dabei waren!

19. Dezember (RK) Am 12. November dieses Jahres hat die Wiener Landesregierung dem Ersten Präsidenten des Landtages Dr. Wilhelm Stemmer das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um das Land Wien verliehen. Heute früh hat Landeshauptmann und Bürgermeister Bruno Marek im Roten Salon des Rathauses die hohe Auszeichnung samt Urkunde überreicht. Anwesend waren die Mitglieder des Stadtsenats, der Zweite und Dritte Präsident des Landtages sowie der Präsident des Stadtschulrates.

Landeshauptmann Marek würdigte die Verdienste des Politikers und Schulmannes Dr. Stemmer, der nunmehr die höchste Auszeichnung erhielt, die das Bundesland Wien zu vergeben hat. Nach 1945 war Dr. Stemmer am Aufbau des Wiener Schulwesens maßgeblich beteiligt. Bei den Wahlen im November 1945 wurde er von seinem Heimatbezirk Hernals in den Wiener Landtag und Gemeinderat als Vertreter der SPÖ entsandt. 1954 wurde er Obmann der sozialistischen Fraktion im Gemeinderat und 1965 erfolgte seine Wahl zum Ersten Landtagspräsidenten.

./.

Landtagspräsident Dr. Stemmer erklärt, er sehe diese hohe Auszeichnung nicht in erster Linie als seine persönliche an und nehme sie stellvertretend für jene Körperschaft entgegen, die ihn vor mehr als drei Jahren einstimmig zum Ersten Präsidenten gewählt hat. Daß die Auszeichnung heuer am 12. November, dem 50. Geburtstag der Republik Österreich beschlossen worden ist und die gleiche Auszeichnung der Erste Präsident des Nationalrates und der Vorsitzende des Bundesrates gleichzeitig zuerkannt erhielten, sehe er als symbolhaft an. Das Ordensreglement bringe es mit sich, daß ihm die höchste Stufe der Wiener Auszeichnung zuerkannt wurde. Verdienste um das Land Wien und die Bundeshauptstadt aber haben alle, die mit ihm in der gleichen Zeit hier oder auf einem anderen Gebiet des öffentlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Lebens in einer heute gar nicht mehr vorstellbaren, trostlosen Situation an die Arbeit gegangen sind. An sie alle, jene, die noch unter uns weilen, und die vielen, die nicht unter uns sind, denke er in dieser Stunde, ebenso und vielleicht mehr noch an die vielen, denen es versagt war, 1945 noch dabei zu sein. Für sie und im Gedenken an alle möchte er die hohe Auszeichnung übernehmen und bewahren.

- - -

Debatte über das Wohnungswesen

=====

19. Dezember (RK) Der erste Debattenredner, GR. Karger (KLS), stellt fest, daß sich im ablaufenden Jahr die ersten Auswirkungen der neuen Wohnbaugesetzgebung gezeigt haben. Das Mietrechtsänderungsgesetz und das Wohnbauförderungsgesetz 1968 haben nicht den von der ÖVP-Regierung gepriesenen Erfolg gebracht, dafür aber eine noch größere Belastung der Wohnungssuchenden. Nach wie vor sind tausende Altwohnungen unvermietet, obwohl es tausende echte Notstandsfälle gibt. Nach wie vor wird ein schwunghafter Handel mit Wohnungen betrieben und werden unmoralisch hohe Ablösen und Mietzinse verlangt. Das Mietzinschaos hat ein unübersehbares Ausmaß angenommen, und die Unsicherheit der Mieter ist noch größer geworden. Die Grundstückspekulation und der Schacher mit alten Zinshäusern, die jetzt wieder rentabel geworden sind, ist gleichfalls noch größer geworden. Dies sei ein Ergebnis der ÖVP-Regierung und der schlechten Oppositionspolitik der Sozialisten. Er stellt einen Antrag, der die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Anforderung von länger als sechs Monate leerstehenden Privatwohnungen verlangt und ihre Vergabe an beim Wohnungsamt Vorgemerkte.

Mehr Initiative wäre auch bei der Instandhaltung von Althäusern notwendig. Die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds wäre daher dringend erforderlich. Die Wohnbauförderungsgesetze 1968 haben auch keine Vereinheitlichung der Förderungsmöglichkeiten gebracht, eher das Gegenteil. Die nach den nunmehrigen Förderungsbestimmungen errichteten Wohnungen kommen für einen großen Teil der Bevölkerung, vor allem für junge Ehepaare und für Familien mit Kindern, viel zu teuer. Der Redner stellt den Antrag, den Prozentsatz für die zumutbare Wohnungsaufwandbelastung zu senken.

Er bekrittelt auch die Art der Erledigung der Ansuchen durch das Ministerium. Von 7000 vorliegenden Ansuchen sollen 5000 negativ erledigt worden sein. Der Redner ersucht um Mitteilung aus welchen Gründen.

Alle diese negativen Auswirkungen wären nur halb so bedeutungsvoll, wenn in Wien ein besserer und sozialerer Weg auf dem Wohnungssektor beschritten würde. Seine Fraktion habe Vorschläge hierfür bereits seinerzeit in einem Fünf-Punkte-Programm vorgelegt. Der Redner wies auf jene acht Anträge hin, die seine Fraktion seinerzeit vor dem Beschluß der Wiener Wohnbaureform gestellt hatte. Alle diese Anträge seien damals aus politischen Gründen abgelehnt worden. Karger sagte, er wolle diese Anträge nicht nochmals stellen, lege aber der Rathaus-Mehrheit nahe, sie nochmals sachlich zu prüfen und dann eine Novellierung der Bestimmungen einzuleiten. Positiv sei an der Entwicklung des letzten Jahres nur die Erleichterung beim Wohnungstausch zu vermerken.

Hinsichtlich der Vormerkung und der Wohnungsvergabe meinte der Redner, wenn tatsächlich keine Protektion bestehe, sollte es doch nicht so schwerfallen, die Namen der Wohnungswerber und der neuen Gemeindemieter wenn schon nicht zu veröffentlichen, so doch der jeweiligen Bezirksvertretung zugänglich zu machen. Die Geheimhaltung müsse fallen.

Zusammenfassend meinte Karger, daß die Wiener Gemeindewohnungen immer noch zu teuer seien. Es gelte daher, noch größere Erleichterungen zu schaffen. Im übrigen werde seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

Unterbrechung der Sitzung

Danach unterbrach der Vorsitzende, Gemeinderat Planek, die Sitzung, um den Mitgliedern des Gemeinderates Gelegenheit zu geben, an der Beerdigung des kürzlich verstorbenen sozialistischen Gemeinderatsmitgliedes Dr. Josef Bohmann teilzunehmen. Die Beratungen wurden um 13 Uhr wieder aufgenommen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, daß sich die Einführung des Baukostenzuschusses bewährt hat. Es soll aber nicht übersehen werden, daß manche jungen Ehepaare vor besonders schwierige Situationen gestellt sind. Wenn beispielsweise nur der Mann verdient, bilden selbst niedrigste Ratenrückzahlungen eine schwere Belastung. Wenn sich aber die Frau auch für einen Beruf entscheiden will, steht man vor dem Problem, daß daraufhin erhöhte Rückzahlungsraten zu leisten wären. Er regt an, daß die Erhebungen wegen der Einkommensverhältnisse sehr präzise durchgeführt werden sollen.

GR. Dr. Schmidt kritisiert die relativ komplizierte und zeitraubende Abwicklung der Wohnungszuweisung, die sich über die Magistratsabteilungen 50 und 52 in der Bartensteingasse, die Magistratsabteilung 12 am Schottenring und die Zentralsparkasse in der Vorderen Zollamtsstraße abwickelt. Man sollte eine Expositur der Magistratsabteilung 12 in das Wohnungsamt in der Bartensteingasse verlegen, also eine Zentralstelle für das Wohnungswesen schaffen. Er begrüßt, daß das sogenannte "Hemmungsjahr" bei jungen Ehepaaren mit getrennten Wohnsitzen durch gelockerte Bestimmungen weggefallen ist, regt aber gleichzeitig an, auch die Bestimmungen hinsichtlich der "Überbelagsfälle" zu überprüfen.

Der Tausch von Gemeindewohnungen sei noch immer schwierig, vor allem deshalb, weil die Mehrzahl der Tauschwilligen größere Wohnungen anstrebt.

In städtischen Wohnanlagen werden immer wieder Schäden durch nicht ordentlich beaufsichtigte Halbwüchsige angerichtet. Man sollte, um ein Exempel zu statuieren, die Eltern dieser Jugendlichen zum Ersatz des Schadens heranziehen. Hausverwalter, die von anderen Mietern über derartige Vorkommnisse informiert werden, kümmern sich vielfach nicht.

Die Vergabe der Abstellflächen gehe in einem "Geheimverfahren" vor sich. Glück haben diejenigen, die rechtzeitig davon erfahren; da die Abstellflächen zahlenmäßig nicht ausreichen, gehen viele Mieter leer aus.

Abschließend stellte GR. Dr. Schmidt fest, daß die Vergabe der Gemeindewohnungen immer noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehe. Es sei unerklärlich, warum man sich nicht eines Reihungssystems bediene und einer Bekanntgabe der Wohnungswerber im Amtsblatt. Jeder Interessent könnte es sich auf diese Weise ausrechnen, wann er drankomme.

Die Fraktion der FPÖ wird den Budgetansätzen nicht zustimmen.

Der nächste Debattenredner, GR. Leinkauf (ÖVP), beschäftigte sich eingangs mit den Erhaltungskosten der städtischen Wohnbauten. 1967 beliefen sich die Einnahmen auf 202 Millionen Schilling, davon wurden 103,5 Millionen für Instandsetzungsarbeiten verwendet. Für 1969 werden Einnahmen in der Höhe von 244 Millionen erwartet, wovon 112,5 Millionen für die Erhaltung bestimmt sind. Obwohl man hier von einem Reingewinn sprechen könne, weise das Gesamtbudget ein Defizit auf.

Entgegen den Mitteilungen, das Obdachlosenheim Auhof werde abgerissen, wurden dort nur einige Baracken geschleift. Bei einem Besuch des Lagers habe man das Gefühl, daß sich überhaupt nichts verändert habe.

Für den Bau des Obdachlosenheimes in der Gänsbachergasse wurden 1967 als erste Baurate 3,7 Millionen Schilling ausgewiesen; wer jedoch das Gelände besichtige, müsse feststellen, daß dort überhaupt noch keine Bauvorbereitungen getroffen wurden.

Beim Wohnungstausch von Gemeindewohnungen wäre es ungernehtfertigt, die normalen Baukostenzuschüsse zu verlangen. Frei werdende Gemeindewohnungen mit sogenannter besserer Ausstattung müßten vor ihrer Neuvergabe vollständig renoviert werden. Es wird jetzt zwar ein anteilmäßiger Baukostenzuschuß verlangt, aber trotzdem nicht immer eine Renovierung vorgenommen. Der Redner verweist auf einen Antrag seiner Fraktion, den er ebenso urgiert wie eine Anfrage, wieso es möglich ist, daß hausfremde Personen über Haustorschlüssel verfügen, um die Arbeiter-Zeitung austragen zu können. Er ersucht um Mitteilung, wieviele solche Schlüssel ausgegeben wurden und ob man daran denkt, diese wieder abzunehmen.

Unverständlich sei es ihm auch, warum ein Ansuchen der ÖVP Leopoldstadt um Anbringung eines Schaukastens an einer städtischen Wohnhausanlage abgelehnt wurde, jedoch zwei Schaukasten der SPÖ montiert sind.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) verweist darauf, daß jede Familie den Wunsch auf eine eigene Wohnung hat und daß sie auch bereit ist, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zu leisten. Die Sozialisten haben in ihrem Wahlprogramm die Errichtung bzw. Förderung von 45.000 Wohnungen versprochen. Sie könne heute mit Stolz feststellen, daß bereits 53.000 gebaut, bzw. gefördert wurden und damit 53.000 Familien ein eigenes Heim fanden. (Beifall bei der SPÖ)

Trotz dieser großen Leistung sind noch Zehntausende in unserer Stadt unzulänglich untergebracht. Die heutige Wohnungsnot geht schließlich auf die Sünden der Vergangenheit zurück. Leider wird diese Situation nach wie vor von Spekulanten ausgenützt, die für Kleinwohnungen in alten Häusern 20.000 S Ablöse und mehr und einen erhöhten Zins verlangen. Dieselbe Situation erleben wir bei den Neubauten. Die Wiener Wohnbauaktion mußte abgeändert werden, weil sie von Wohnungsmaklern für ihre Spekulationen mißbraucht wurde.

Die Rednerin gibt einen historischen Überblick über die Wohnungssituation seit der Ersten Republik, als die sozialistische Stadtverwaltung daranging, ein großzügiges soziales Wohnbauprogramm zu verwirklichen. Bis 1934 haben die Sozialisten 65.000 Gemeindewohnungen gebaut, in denen mehr als 200.000 Menschen ein Heim fanden. Nach den gewaltigen Kriegszerstörungen entstanden bereits 1947 wieder die ersten Wohnungen im sozialen Wohnbau. Seit 1945 wurden von der Gemeinde mehr Wohnungen errichtet, als die Bezirke 5 und 10 zusammen umfassen.

Die Gemeindeverwaltung ist nun bemüht, die Wohnungen der Ersten Republik dem heutigen Stand anzupassen, dazu gehört der nachträgliche Einbau von Aufzügen und maschinellen Waschküchen. Derzeit verfügen wir über 3300 maschinell eingerichtete Waschküchen. Ein Versuch wird die Auflösung der Zentralwäscherei im 12. Bezirk sein, denn dort will man kleine Waschköjen einrichten, die von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends benützt werden können. Außerdem sollen zwei Bügelräume eingerichtet werden. Eine Befragungsaktion in einem Wiener Bezirk soll Aufschluß darüber geben, welche Wünsche die Frauen hinsichtlich der Verbesserung der Waschküchen haben.

Die Rednerin appelliert, die Rasen- und Grünflächen sowie die Spielplätze zu schonen. Vielleicht könnten Pensionisten und Jugendliche die Betreuung dieser Grünflächen in ihrer Wohnhausanlage übernehmen.

Der nächste Redner, GR. Hahn (ÖVP), stellte zu Anfang seiner Rede fest, daß der Paragraph 11 der Haushaltsordnung des Wiener Magistrats nicht eingehalten werde. Am heutigen Tag gebe es erstmals seit Jahrzehnten für die gewählten Mandatäre des Gemeinderates nicht mehr die Möglichkeit, in die Budgetunterlagen zu den einzelnen Kapiteln, insbesondere die ursprünglichen Voranschlagsentwürfe, an einem Tisch im Gemeinderatssaal Einsicht zu nehmen.

Hahn beschäftigte sich dann mit den Problemen jener alten Menschen, die in Häusern wohnen, die von der Gemeinde in der Absicht angekauft werden, sie im Rahmen von Bau- oder Assanierungsvorhaben zu schleifen. Diese alten Menschen werden zwar wohnversorgt, aber aus ihrem langgewohnten Milieu herausgerissen, weil sie meist in einem anderen Bezirk untergebracht werden. Der Redner brachte dazu einen Antrag ein, der darauf hinzielt, daß diese Mieter nach dem Bau von Wohnungen in ihrem ursprünglichen Wohngebiet wieder dort untergebracht werden.

Hahn traf dann kurze Feststellungen zu verschiedenen Problemen bei Neubauten, wo eine Lösung herbeigeführt werden müßte: Der Schallschutz muß verbessert werden, die Aufzüge sollten während der Fahrt von außen in den Stockwerken angehalten werden können (Mehrkosten 15.000 Schilling), genaue Berechnung der Heizkosten für jede Wohnung bei Fernheizung.

Kritik übte der Redner auch an den ersten "Saalwohnungen", wo bei einer Fläche von 117 Quadratmetern 90.000 Schilling an Baukostenzuschuß gezahlt werden müssen. Fachleute behaupten, daß man rund 50.000 Schilling aufwenden müsse, um den großen Raum mit 75 Quadratmeter in mehrere Räume zu teilen. Mit dem Baukostenzuschuß müsse der Mieter für eine solche Wohnung mit Ausgaben in der Höhe von 140.000 Schilling rechnen, was viel zu viel sei.

"Stadtrat Suttner ist genau so arm wie Stadtrat Glaserer, der auch die Suppe, die ihm der Baustadtrat einbrockte, auslöffeln mußte." Zur Frage der Baukostenzuschüsse bemängelt der Redner, daß sie ausschließlich nach den Quadratmetern der zu vergebenden Wohnung bestimmt würden. "Daher will niemand eine Parterrewohnung." Er stellt den Antrag, den Wohnwert bei Parterrewohnungen niedriger anzusetzen und daher auch diese Mieten niedriger zu halten.

Ein nächster Klagefall seien die Wohnungen mit Einbaumöbeln. Nichts gegen Qualität und Preiswürdigkeit, aber die wenigsten wollen eine solche vorgefabrizierte Einrichtung. Ein Glück, daß auf Grund eines ÖVP-Antrages wenigstens jetzt nur mehr jede dritte Wohnung mit Einbaumöbeln ausgestattet werde.

Wieviel Einnahmefall ergibt sich daraus, daß Wohnungen sozusagen im letzten Moment vergeben werden? Der Redner stellt einen zweiten Antrag, die Wohnungszuweisung durch die Magistratsabteilung 50 schon ein halbes Jahr früher vorzunehmen. Dann könnte man auch individuelle Wünsche der Mieter erfüllen.

Bei den Vorberatungen zum Wiener Wohnbaufonds hätte man sich überhaupt verschiedene Dinge rechtzeitig überlegen können. Laut Jungbürgerbuch sogar sieben Jahre lang! Die ÖVP stellte übrigens schon 1963 den Antrag einen zehnpromzentigen Baukostenzuschuß einzuheben.

GR. Hahn richtet an Stadtrat Suttner die Anfrage, wie hoch die Reserven - Vizebürgermeister Slavik hatte in einer Anfragebeantwortung von "Wohnungsreserven für Notfälle" gesprochen - an fertiggestellten aber noch nicht zugewiesenen Wohnungen sind.

Förderungswürdigkeit: Die Einkommensgrenze für den Bezug von Gemeindewohnungen beziehungsweise von Wohnbaudarlehen erscheint dem Redner zu tief; heute könne ein Ehepaar, bei dem beide Teile verdienen, unschwer diese Grenze überschreiten, ohne deswegen de facto förderungsunwürdig zu sein. Der dritte Antrag: Die Einkommensgrenze für die erwähnten Bemessungen möge erhöht werden.

Der Redner richtet die Frage an Stadtrat Suttner, wieviele Wohnungswerber im abgelaufenen Jahr auf die Zuweisung einer Wohnung verzichtet haben, weil sie entweder den Baukostenbeitrag nicht leisten konnten, oder weil sie Angst vor der hohen Miete hatten. Wollen wir den sozialen Wohnbau fördern, müssen wir vor allem an die Familien denken, die oft jahrelang gewartet haben und nun mit Recht erbost sind, daß sie soviel zahlen müssen. Wir müßten bestrebt sein, die Wohnbeihilfentabelle weiter zu verbessern.

Es wurde immer auf die Wohnbautätigkeit der ablaufenden Periode hingewiesen. Nicht genannt wurden dabei jedoch die bedeutenden Budgetmittel, die auch der Bund hierfür zur Verfügung stellte.

Sowohl in der Zahl der Wohnungen als auch bei den Mitteln hierfür, scheinen unter anderem drei Vorhaben auf, die es nur auf dem Papier gibt, so die Errichtung eines Obdachlosenheimes, die Wohnhausanlage der Wohnbauvereinigung "Neuland" am Quellenplatz und eine im 10. Bezirk, in der Windtenstraße. Das gäbe natürlich ein falsches Bild.

Als seinerzeit die Volkspartei dafür eintrat, nicht nur 45.000 Wohnungen zu bauen beziehungsweise zu fördern, sondern 60.000, sagten und schrieben die Sozialisten, daß dies vollkommen unmöglich sei, die Bauwirtschaft sei ausgelastet usw. Ebenso sprechen sie ständig von der bösen Regierung Klaus, und nun stellt sich heraus, daß es doch möglich war, diese Zahl an Wohnungen zu erreichen. Damit sei erwiesen, daß die Wiener ÖVP mit all ihren Anregungen und Anträgen der Motor war (Gelächter bei den Sozialisten). Dasselbe gelte für den Bau der U-Bahn. Auch hier wurden die ÖVP-Anträge jahrelang abgelehnt und die nunmehrigen Maßnahmen als SPÖ-Initiative bezeichnet.

Den Ansätzen werde seine Fraktion zustimmen.

GR. Windisch (SPÖ) zur Einsicht in die Detailunterlagen: Bei den im Saal aufliegenden Unterlagen handle es sich um die Budgetunterlagen des Finanzreferenten, die in Anwesenheit eines Beamten der Magistratsabteilung 5 aufliegen, damit der Finanzreferent über jede Detailfrage sofort Auskunft geben kann

GR. Hahn kann hier also nur bei einer Sache mitgenascht haben, auf die er, gemäß der Haushaltsordnung keinen Anspruch hat. Es gäbe nirgends einen Hinweis, nach dem ein Gemeinderat Einblick in persönliche Unterlagen des Finanzreferenten hat.

Hinsichtlich der Forderung - erhoben von GR. Karger - es müßte mehr auf die Schaffung eines Ausgleichfonds zugunsten der durch den Pragraph 7 besonders hart betroffenen Mieter gedrungen werden, stellte GR. Windisch fest, daß dies seit fünfzehn Jahren getan werde. Allerdings sei dies Sache des Bundes.

Genossenschaften, die Mittel aus dem Wiener Wohnbaufonds erhalten, bauen nicht teurer als die Gemeinde Wien.

Die Bestimmungen über die Wohnungsvergabe sollten nicht weiter gelockert werden. Derzeit liegen 27.000 Vormerkungen von Wohnungswerbern auf. Diese Zahl würde bei Lockerung der Bestimmungen noch weiter ansteigen. Die höchste Zahl von Vormerkungen wurde übrigens 1955 registriert und betrug 59.000.

Natürlich wäre es die beste Lösung, wenn jeder Mieter einen Abstellplatz für seinen Wagen haben könnte. Aber vorläufig sei nicht die Schaffung von Abstellplätzen die größte Sorge, sondern der Bau modernen, gut ausgestatteter Wohnungen.

Mit dem kommunalen Wohnungsbau allein wird der Wiener Wohnungsbedarf nie zur Gänze gedeckt werden können. Hinsichtlich der Vergabekontrolle sagte schon seinerzeit Stadtrat Glaserer, daß er jedem Gemeinderat gerne Auskunft über jeden einzelnen Fall geben wolle.

Zum Vorwurf, in den Gemeindebauten werde der Haustorschlüssel hausfremden Personen ausgefolgt: Nach den bestehenden Bestimmungen ist lediglich dafür Sorge zu tragen, daß der Haustorschlüssel nicht in die Hände von Personen gelangt, die die Sicherheit des Hauses gefährden könnten. Übrigens seien die Häuser der "Freunde des Wohnungseigentums" sogar tagsüber verschlossen.

Beim Abbruch von Häusern, die der Gemeinde gehören, wird dafür Sorge getragen, daß sämtliche Mieter in anderen Häusern untergebracht werden. Bei älteren Mietern trachte man, sie im selben Bezirk, in der gewohnten Umgebung, unterzubringen.

Die pauschalierte Heizkostenverrechnung in Häusern mit Zentralheizung bezeichnete GR. Windisch als durchaus gerecht. Ebenso wenig wie das Problem des Schallschutzes sei auch das problem des bestmöglichen Wärmeschutzes noch nicht gelöst. Mieter von Eckwohnungen, die mehr der Witterung ausgesetzt sind, müßten bei nichtpauschalierter Kostenverrechnung doppelt so viel bezahlen wie jene Mieter, deren Wohnungen günstiger liegen.

Das Mietrechtsänderungsgesetz, sagte Windisch, habe keinerlei Vorteile für die Mieter, sondern nur Vorteile für die privaten Zinshausbesitzer gebracht. Zur Illustration verglich Windisch die Inserate eines Realitätenvermittlers von Anfang 1968 mit den Inseraten desselben Büros acht Monate später. Alle Wohnungen seien teurer geworden. Die Ablöse sei nicht verschwunden, sondern werde jetzt als Mietzinsanzahlung oder sonstwie bezeichnet. Auch eine Reihe von gerichtlichen Entscheidungen beweiße die verschlechterte Stellung der Mieter seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Zur Widerlegung der oft gehörten Behauptung, die Hausbesitzer könnten an ihren Häusern nichts verdienen, zitierte Windisch eine Zeitungsmeldung vom Tod "eines der reichsten Männer Wiens", der sich durch Geschäfte mit Zinshäusern in wenig mehr als zehn Jahren ein Vermögen von 125 Millionen Schilling erworben hatte.

Was das Wohnungseigentum anlangt, erklärte Windisch, die Sozialisten seien niemals dessen Gegner gewesen. Zum Beweis zitierte er seine eigenen Ausführungen aus der Budgetdebatte des Jahres 1955, in der er gesagt hatte, die Sozialisten seien nicht gegen das Wohnungseigentum an sich, wohl aber dagegen, daß damit wirtschaftliche oder politische Geschäfte gemacht würden.

Windisch erklärte - wieder unter Verwendung von illustrativen Zeitungsinseraten -, daß genau diese Befürchtung leider wahr geworden sei.

Als erfreulich und hoffentlich als Beginn einer neuen Ära bezeichnete GR. Windisch den Bericht von Vizebürgermeister Slavik über die Bereitschaft des Finanzministers, Mittel zum U-Bahn-Bau zur Verfügung zu stellen. Wieder einmal deponiere er das seit 15 Jahren fällige Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz, das - kommt es nicht bald zustande - Ursache dafür sein wird, daß man in wenigen Jahren in Wien keine genossenschaftlichen Bauten mehr errichten wird können.

Die zahlreichen Debatten über Wohnungsgröße bleiben ohne Effekt. Leider lassen es die Einkommensverhältnisse nicht zu, so große Wohnungen, wie sie in Deutschland seit Jahren üblich sind, zu finanzieren und instandzuhalten.

Seine Fraktion werde den Ansätzen der Gruppe IX zustimmen.

Als nächster Redner nahm Vizebürgermeister Slavik zu den Ausführungen von GR. Hahn (ÖVP) zur Haushaltsordnung Stellung. GR. Hahn beruft sich auf den Paragraphen 11 der Haushaltsordnung, ohne zu berücksichtigen, daß diese ein Erlaß des Magistratsdirektors ist, der selbstverständlich nicht für den Gemeinderat wirksam sein kann. Die Haushaltsordnung gibt den einzelnen Magistratsabteilungen Weisung und Auftrag, was und welche Unterlagen vorzubereiten sind, um der Finanzverwaltung die Möglichkeit zur Erstellung des Voranschlages zu geben.

Für die Behandlung des Voranschlages im Gemeinderat gilt ausschließlich die Verfassung der Stadt Wien.

Zum ominösen "linken Tischerl": darauf liegen Unterlagen zu meiner Verwendung, wenn über die Finanzverwaltung diskutiert wird. Seit meiner Tätigkeit als Finanzstadtrat habe ich diese Unterlagen noch nie in Anspruch genommen. Und zwar deshalb nicht, weil ich so intensiv an der Erstellung des Voranschlags mitarbeite, daß ich ihn im wesentlichen im Kopf habe. Dies zur Klarstellung. (Beifall bei der SPÖ).

GR. Dr. Habl (ÖVP) regte an, diese Formalfrage einmal zu klären. Die zur Verfügung gestellten Erläuterungen reichen seiner Meinung nach nicht aus. Noch einmal fordert der Redner den von der ÖVP-Fraktion angeregten Budgetausschuß, der alle solchen Debatten ausschließen würde.

Schlußwort

In seinem Schlußwort stimmt Stadtrat Suttner den berechtigten Klagen GR. Kargers über leerstehende Wohnungen zu. Zu seinen Folgerungen sei freilich zu sagen, daß Verfügungen über leerstehende Wohnungen nicht in die Kompetenz des Landes fallen.

Lockerung der Vormerkungsbestimmungen: Man habe wenig, wenn durch gelockerte Bestimmung anstelle der bisher 27.000 Wohnungssuchenden 40.000 Vormerkscheine erhielten, aber Jahre hindurch keine Wohnung bekommen könnten.

Nicht das Vormerkungssystem ist entscheidend, sondern der Bau von mehr Wohnungen.

Die Fernheizwerke sind die billigste Heizungsart.

Wohnungsvergabe: Natürlich intervenieren Mandatäre, aber nach wie vor entscheidet das Wohnungsamt nach seinen Richtlinien.

Wohnbauförderung: Die Aktion wurde seinerzeit novelliert, weil die Spekulation Platz griff. Die Einkommensprüfungen erfolgen erst dann, wenn Besichtigungsscheine ausgegeben werden, da sich ja bis dahin persönliche Veränderungen ergeben könnten.

Wohnungstausch: Von 624 Ansuchen in den ersten neun Monaten 1968 wurden zwei Drittel genehmigt.

Nur jene Stellplätze, die auf Grund des Garagengesetzes errichtet werden müssen, werden vermietet, sonst kommen Stellplatzmarkierungen und Absperrungen nur auf Antrag der Mieter an die Wohnhäuserverwaltung in Frage. Priorität hat, wer von Berufswegen ein Kraftfahrzeug benötigt.

Das Lager Auhof hat zur Zeit 358 Bewohner. 1969 hofft man auf endgültige Auflassung.

Einen Stop bei der Wohnungsvergabe hat es nie gegeben. Man wollte im vergangenen Jahr lediglich Härten vermeiden und hat daher noch vor Inkrafttreten der Baukostenzuschüsse soviel wie möglich Wohnraum "ausgeliefert".

Von den bis zum 1. November dieses Jahres von der Magistratsabteilung 24 überstellten 4024 Wohnungen wurden 3026 vergeben, für die restlichen sind Zuweisungsscheine aus- gegeben, beziehungsweise läuft der Kredit.

Zur Frage der Verpflanzung alter Menschen: Hätten wir die immer wieder verlangten Assanierungsbestimmungen, könnte man von Umsiedlungen in andere Bezirke absehen.

Eine andere Baukostenverrechnung für Parterrewohnungen würde einen noch größeren Verwaltungsaufwand erfordern. Überdies werden diese Wohnungen gerade von älteren Menschen gerne genommen.

Einbaumöbel in Neubauwohnungen müssen nicht auf jeden Fall übernommen werden. Wenn sie der Mieter nicht wollte, wurden sie sogar schon entfernt.

Zuweisung einer Wohnung ein halbes Jahr vor der Fertigstellung: Das wäre zu überlegen, jedoch ist zu befürchten, daß der Mieter dann während dieses halben Jahres ständig auf der Baustelle wäre und mit seinen Sonderwünschen die Bauzeit wahrscheinlich beeinträchtigen würde.

Die Reserve für Notstandsfälle ist unterschiedlich. Es sind jedoch immer einige Wohnungen in Reserve.

Einkommensgrenze: Es sind Verhandlungen darüber im Gange, bei mit Wohnbauförderungsmitteln gebauten Wohnungen die Grundkosten bei den Einkommensgrenzen zu berücksichtigen.

Über den Bau des Obdachlosenheimes wird noch beraten werden.

Zur Frage der Förderung: Es wäre notwendig, daß die Bauanträge nur jener gemeinnützigen Genossenschaften befürwortet werden, die tatsächlich nachweisen können, daß sie in absehbarer Zeit bauen können.

In der Wohnkultur hat sich in den letzten Jahren ein großer Fortschritt gezeigt, und es wünschen daher so viele, aus ihren alten Behausungen herauszukommen. Wir werden uns daher noch Jahrzehnte mit dem Wohnungsproblem beschäftigen müssen. Eine große Erleichterung könnte durch die Schaffung der notwendigen Gesetze erreicht werden. Dazu gehören unter anderem das immer wieder verlangte Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz, ein Gesetz für die Erhaltung des erhaltenswerten Althausbestandes zu erträglichen Bedingungen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag der KLS, betreffend Wohnraumbewirtschaftung, wird abgelehnt, jener das Limit betreffend sowie die Anträge der Volkspartei werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Richtigstellung zum Referat Wirtschaftsangelegenheiten
=====

19. Dezember (RK) Auf Blatt 3869, Referat Stadtrat Dr. Prutscher, soll es in der siebenten Zeile richtig heißen: "30 Millionen Schilling" (nicht 50 Millionen). In der 16. Zeile soll es richtig heißen "Für den Blumengroßmarkt sind in der Geschäftsgruppe VIII weitere zehn Millionen vorgesehen und in der Geschäftsgruppe XII vier Millionen."

Auf Blatt 3873 bitten wir, im 3. Absatz den Satz hinzuzufügen: "Ein unterstützungswerter Vorschlag wäre es, Am Hof einen zweiten, sozusagen den historischen Christkindlmarkt abzuhalten.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

19. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 bis 5 S, Weißkraut 2,50 bis 5 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 5 bis 8 S, Kochobst 3 bis 4 S, Orangen 5,50 bis 7 S je Kilogramm

- - -

Gleichener bei neuer Pathologie der Poliklinik
=====

19. Dezember (RK) Der künftige Arbeitsraum der Prosektoren bot heute Nachmittag den Rahmen für die Gleichener der Abteilung für Pathologische Anatomie der Wiener Poliklinik in Wien 9. In der erstaunlich kurzen Zeit von 4 Monaten gelang es, diesen wichtigen Komplex bis zur Dachgleiche zu bringen.

Das Pathologiegebäude ist 34 Meter lang, 14,30 Meter breit, zweigeschossig und unterkellert. Bei einer verbauten Fläche von 528 Quadratmetern, weist es einen umbauten Raum von 5413 Kubikmetern auf. In den Kellerräumen sind außer einem Leichenkühlraum das Kranken- und Röntgenarchiv, sowie die Trafostation, Lagerräume und der Maschinenraum für die Entlüftungsanlage untergebracht. Im Erdgeschoß befinden sich die eigentliche Prosektur mit allen Nebenräumen, sowie die zentrale Schreibstube. Im Obergeschoß wurden die Laborräume der Bakteriologie situiert. Sämtliche Räume und Laboratorien der Pathologie werden mechanisch ent- und belüftet. Die Fertigstellung des Bauvorhabens ist bis Dezember nächsten Jahres vorgesehen. Die Kosten belaufen sich auf ungefähr 10 Millionen Schilling.

Der Gleichener wohnten Stadtbaudirektor Professor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller in Vertretung des Baustadtrates und der ärztliche Leiter der Wiener Poliklinik, Dozent Dr. Grüneis, bei. Dozent Grüneis, ein Internist, betonte in seinen Dankesworten die wichtige Funktion der theoretischen Institute, ohne die jeder Spitalsbetrieb undenkbar wäre.

- - -

Vier Fernsehapparate als Weihnachtsgeschenk
=====

19. Dezember (RK) Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi konnte heute vormittag vier Fernsehgeräte an den ärztlichen Leiter des Psychiatrischen Krankenhauses, Dozent Dr. Solms, als Weihnachtsgeschenk übergeben. Die Apparate sollen in jenen Pavillons aufgestellt werden, wo sie für die Patienten den besten Erfolg versprechen. Das Fernsehen soll eine Brücke zu der normalen Umwelt sein, in die die Kranken nach ihrer Entlassung aus dem Psychiatrischen Krankenhaus zurückkehren müssen.

- - -

Trauerfeier für Gemeinderat Dr. Josef Bohmann
=====

19. Dezember (RK) Unter großer Beteiligung fand heute um 11 Uhr im Ottakringer Friedhof die Trauerfeier für Gemeinderat Dr. Josef Bohmann statt. Neben Delegationen verschiedener Körperschaften hatten sich Bürgermeister Bruno Marek, Vizebürgermeister Felix Slavik, Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel sowie Mitglieder des Wiener Stadtsenates und Gemeinderates eingefunden. Bürgermeister Marek und Vizebürgermeister Slavik gedachten am offenen Grabe dieses profilierten und unermüdlichen Kommunalpolitikers.

- - -

Schweinenachmarkt vom 19. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren Inland 65, davon 34 Durchläufer. Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles, unverkauft 0.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

Auslandsschlachthof: DDR 277 verkauft zum Preise von 15,10 bis 16,50 je Kilogramm. _ _

Rindernachmarkt vom 19. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt 2 Ochsen, 21 Kühe, Gesamtauftrieb 23. Neuzufuhren: 1 Kuh, Summe 1 Kuh. Gesamtauftrieb 2 Ochsen, 22 Kühe, Summe 24. verkauft 4 Kühe, unverkauft 2 Ochsen, 18 Kühe.

Hauptmarktpreise.

- - -

Pferdenachmarkt vom 19. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Zentralviehmarkt: Auftrieb Auslandsschlachthof: Jugoslawien 16, unverkauft vom Vormarkt 18, Gesamtsumme 34, verkauft zum Preise von 8 bis 13 je Kilogramm.

- - -

Weihnachtslieder auf dem Rathausplatz

=====

19. Dezember (RK) Auf dem Wiener Rathausplatz fand heute Nachmittag das schon zur Tradition gewordene Weihnachtssingen statt. Buben und Mädchen verschiedener Gruppen der Wiener Kinderfreunde brachten Bürgermeister Bruno Marek, Stadträten und Gemeinderäten vor dem 25 Meter hohen Lichterbaum ein Ständchen alter Weihnachtslieder. Im Anschluß überreichten die Kinder den Stadtvätern selbstgebastelte Geschenke. Der Bürgermeister dankte für die Lieder und die kleinen Geschenke, wünschte den Kindern sowie ihren Eltern fröhliche Weihnachten und lud sie anschließend zu einer Jause in das Rathaus ein.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

Als erster Debattenredner wendete sich GR. Lauscher (KLS) gegen die laxen Haltung den steigenden Verbraucherpreisen gegenüber. Er erinnerte an Bundeskanzler Raab, der seinerzeit versprochen hatte, die Namen von Preistreibern öffentlich zu plakatieren. Bei seiner Feststellung, daß die ÖVP daran natürlich niemals gedacht habe, entwickelte sich eine erregte Debatte zwischen dem Redner und GR. Bauer.

Anschließend kritisierte Lauscher, daß sich die Stadt Wien nicht einer preisregulierenden Interventionspolitik beim Viehverkehrsfonds bediene. Eine solche Politik könnte den Wienern viel Nutzen bringen und verhindern, daß beispielsweise in den letzten Wochen der Schweinefleischpreis bis zu 3 S je Kilogramm gestiegen ist.

Dann erkundigte er sich, was mit dem von seiner Fraktion vor zwei Jahren eingebrachten Vorschlag des "kleinen Grenzverkehrs für saisonbedingte Produkte" geworden ist, der eine ausgesprochen preisregulierende Wirkung zur Folge haben könnte. Eingehend kritisierte Lauscher die Agrarpolitik der österreichischen Bundesregierung. Die direkte Folge seien hohe Preise für Grundnahrungsmittel, ohne daß der Produzent deshalb für seine Erzeugnisse mehr bekomme. Hinter dieser Politik stünden vor allem die Großagrarien, die in Niederösterreich und im Burgenland eine bedeutende Rolle spielen.

Sowohl das bäuerliche als das Konsumgenossenschaftswesen sei nicht, was es sein soll: Es ersticke im Bürokratismus. Nicht viel besser sehe es mit dem Konsumentenschutz aus: Die Arbeit der Kodexkommission sei jahrelang von der Unternehmerseite sabotiert worden, deren einziges Ziel es sei, auf Kosten der Volksgesundheit Profite einzustreichen. An Stadtrat Dr. Prutscher richtete Lauscher die Frage: Werden im nächsten Jahr die Arbeiten zur Errichtung des neuen Schlachthofes in St. Marx beginnen oder wird es wieder Verzögerungen geben?

"Hier wird nur mehr konfektioniert, was andere entwerfen". Besonders bei der chemischen Industrie, bei Banken und bei Versandhäusern. Den Ansätzen dieses Kapitels stimme die KLS nicht zu.

GR. Peter (FPÖ): Gerne hätte er Daten über die Datenverarbeitungsmaschine, die nun drei Jahre im Budget ist und jedesmal etwas teurer ist.

In seine Freude über den Großfleischmarkt müsse er die Sorge um die Detailmärkte mischen. Es sei zu überlegen, ob man da noch Geld hineinstecken solle, zumal das Mindesteinzugsgebiet für so einen Markt 70.000 bis 80.000 Menschen umfassen müsse.

Abschließend wolle er feststellen, daß der Großgrünmarkt Inzersdorf und der Großfleischmarkt nach Meinung seiner Fraktion viel zu lange auf sich warten lassen. Selbst heute könnte man noch keine verbindlichen Terminzusagen erhalten. Aus all diesen Gründen werde seine Fraktion dem Kapitel keine Zustimmung erteilen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) teilte mit, daß die Ablöseverhandlungen für den Großgrünmarkt einvernehmlich und zur Zufriedenheit auch der Landbesitzer sozusagen abgeschlossen sind. Einige wenige Privatbesitzer werde man vermutlich enteignen müssen. Er bezeichnete es als ein gutes Omen, daß der Blumengroßmarkt, im Budget mit 30 Millionen Schilling dotiert, als erster im Rahmen des neuen Großgrünmarktes Ende des Jahres 1969 fertiggestellt sein wird. Den Beamten der Stadt Wien, die verhandelt haben und zu zufriedenstellenden Ergebnissen gekommen sind, soll an dieser Stelle gedankt werden.

Viele Wünsche der Landwirtschaft konnten dank der verständnisvollen Haltung der Stadt Wien verwirklicht werden. Auch die Verlegung der Sperrstunde für Betriebe mit Musik soll in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden.

Durch die einheitliche Auffassung in der Flächenwidmung, die im Zusammenwirken mit dem Gemeinderatsausschuß VI erarbeitet wurde, kann die künftige Ausgestaltung und Betriebsansiedlung von und in Simmering sowie an der Kaiser Ebersdorfer-Straße zügig vorangetrieben werden. Unter den jetzigen Voraussetzungen entschließt sich ein Betriebsführer leicht, ihm geeignet erscheinende Grundstücke in diesen Gebieten als sein Eigentum zu erwerben. ./.

Das Siedlungsprojekt Ebling ist auch zum Tragen gekommen: 20 Parzellen sind bereits verkauft, sechs weitere werden demnächst neue Besitzer finden. Im kommenden Jahr wird man weitere 30 Parzellen aufschließen.

Durch eine Fernsehsendung sei kürzlich der Eindruck erweckt worden, Obst und Gemüse wären durch Pflanzenschutzmittel vergiftet. Es wurde gesagt, in Deutschland sei ein neues Pflanzenschutzmittelgesetz in Ausarbeitung. Nicht gesagt wurde jedoch, daß dieses deutsche Pflanzenschutzmittelgesetz die vorbildlichen österreichischen Bestimmungen übernommen hat.

In Wien und in Österreich werden die auf den Markt gelangenden pflanzlichen Lebensmittel regelmäßig auf Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln untersucht. In Wien wurden erst ein einziges Mal solche Rückstände festgestellt.

Der nächste Debattenredner, GR. Walzer (ÖVP), verlangte eine genaue Überprüfung der Möglichkeiten, die sich durch die Verwendung der Datenverarbeitung ergeben. In der Praxis habe sich nämlich gezeigt, daß die Personaleinsparung zum Teil durch die notwendig gewordene Einstellung von Spezialisten wieder aufgehoben werde.

GR. Walzer begrüßte die Absiedlung des Fleischgroßmarktes von der Landstraße. Der Detailmarkt müsse jedoch an seinem angestammten Platz bleiben, da er dort dringend gebraucht werde.

Die geplanten "Mobilen Märkte" könnten sich in Stadtteilen mit zahlreichen Neubauten günstig auswirken; in den inneren Bezirken dürften sie hingegen kaum gebraucht werden, da es dort genügend Geschäfte gibt.

Zu begrüßen sei der geplante Umbau des Schlachthofes von St. Marx. Das Areal, das dadurch frei wird, kann für die Ansiedlung von fleisch- oder häuteverarbeitenden Betrieben ausgenützt werden.

Dann kam der Debattenredner auf Zeitungsmeldungen der letzten Zeit zu sprechen, die den Eindruck erweckten, daß die österreichischen Lebensmittelproduzenten in ihrer Verantwortung los seien und minderwertige Lebensmittel anbieten. Tatsächlich werde nur ein geringer Prozentsatz der Lebensmittel beanstandet.

Das bedeute aber noch nicht, daß die Beanstandung auch begründet ist. Die Kammerorganisationen sind jedenfalls nicht bereit, Betriebe, die tatsächlich gegen die Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes verstoßen, zu schützen. Andererseits dürfe nicht durch grundlose Verallgemeinerung Rufmord an ganzen Wirtschaftszweigen getrieben werden.

In Wien hat sich die Praxis herausgebildet, daß die Inspektoren des Marktamtes nicht nur Proben entnehmen, sondern auch die Rezepturen verlangen; damit überschreiten sie jedoch ihre Befugnisse. Es sei erfreulich, daß das neue Lebensmittelgesetz und die Klassifizierungsverordnungen bessere Qualität bringen werden. In vielen Fällen wird durch diese Qualitätsverbesserung aber eine Verteuerung der Ware notwendig werden. Auch die Arbeitszeitverkürzung wird sich negativ auf den Zuwachs des Leistungsvolumens und dadurch natürlich auch auf den Lebensstandard auswirken. Sie würde eine Personalmehrleistung von elf Prozent erfordern, was jedoch in den meisten Fällen kaum möglich ist. Gerade bei der großen Zahl unserer Dienstleistungsgewerbe wird auch eine Rationalisierung nicht möglich sein. Im konkreten Fall wird es also so sein, daß ein Installateur, will er alle Aufträge erledigen, seinen Bediensteten Überstunden bezahlen muß - was die Arbeit verteuern würde - oder aber Aufträge nicht ausführen kann. Dadurch würde das Pfuscherunwesen noch mehr gefördert werden. Es ist jedoch heute schon eine ernste Gefahr für unsere Volkswirtschaft. Wir dürfen nicht übersehen, daß der Aufwand für Sozialversicherung 1967 32,7 Milliarden Schilling betragen hat. Er stieg in den letzten Jahren jeweils um rund drei Milliarden. Dieser Betrag wird aus Abgaben und Beiträgen aus der legalen Arbeit erbracht. Zunehmendes Pfuscherunwesen würde jedoch auch diese Einnahmen zu Ungunsten der Allgemeinheit schmälern.

GR. Seeböck (SPÖ) stellte fest, daß die Sozialistische Partei ganz besonders deshalb für die Einführung der 40-Stundenwoche eintrete, weil sie damit der technologischen Arbeitslosigkeit vorbeugen wolle. Im übrigen sei die Gewerkschaft als der Motor der Industrialisierung der Wirtschaft in Österreich anzusprechen.

Seeböck betonte die Wichtigkeit der Preisüberwachung und der Lebensmittelkontrolle in der Bundeshauptstadt, die sich ja einerseits in den vermehrten Anzeigen und andererseits in der steigenden Zahl beanstandeter Lebensmittelproben manifestiere. Es sei daher unverständlich, wenn der zuständige Stadtrat beabsichtige, das zahlenmäßig ohnehin unzureichende Personal der einschlägigen Dienststellen noch weiter zu verringern.

Der Schutz der Bevölkerung vor Schaden durch schlechte Lebensmittel sei auch ein wesentliches Anliegen im Konzept der Wiener Sozialisten für die nächsten 30 Jahre.

Den starken Rückgang der Schlachtungen in St. Marx, bezeichnete er als erschütternd. Allerdings dürfe ein Großmarkt, der um sein Image besorgt sei, nicht durch unvorteilhafte Gebührenregelungen die Interessenten fernhalten.

Seine Fraktion werde die Zustimmung zur Gruppe X geben.

GR. Paulas (SPÖ) unterstrich die Ausführungen seines Vordröners, daß die obligatorische Fleischschau und Trichinenuntersuchung eingeführt werden solle.

Schlußwort

In seinem Schlußwort erklärte StR. Prutscher: Zur Datenverarbeitung: Darüber habe nicht die Geschäftgruppe X, sondern die Finanzgruppe zu bestimmen.

Zu den Problemen in der Landwirtschaft: Er sei weder Finanz- noch Landwirtschaftsminister.

Obst- und Gemüseversorgung: Es war gar nicht so selten, daß die Anlieferungen aus den Wiener Betrieben billiger als die Importware waren.

Preisüberwachung: Erhebungen besagen, daß bei Rind-, Kalb- und Schweinefleisch der Preis je einer Sorte der jeweiligen Fleischart um rund zwei Schilling in den vergangenen Monaten gestiegen ist. Im abgelaufenen Jahr gab es zwei Anzeigen wegen Preistreiberei.

Berufstätige Hausfrau: Der Landstraßer Detailmarkt und der nach der Räumung des Großmarktes entstehende Detail-Naschmarkt werden autogerechte, den Bedürfnissen der Hausfrau entgegenkommende Märkte sein.

Großgrünmarkt: Er bedauere, daß nicht alle Landbesitzer Landwirte waren, sonst wären die Ablöseprobleme längst gelöst.

Großfleischmarkt: Einem Baubeginn im Frühjahr 1969 stehe seiner Meinung nach nichts entgegen; sicher werde er dafür sorgen, daß es keine "Vision 2000" wird.

Die Erhaltung von Kunden für die Märkte und die Gewinnung von neuen - darüber liege bereits ein Vorschlag vor. Überdies soll neben Liesing noch ein zweites Zentrum entstehen.

Autobahnhof St. Marx: Die Frage wird geprüft.

Die Abnahme der Schlachtungen ist evident, Ausgleichs-abgaben werden erwogen. Ebenso bereits im Konzept ist die Frage der genossenschaftlichen Schlachthöfe.

Verdorbene Lebensmittel: Die Kennzeichnung wird vermutlich ab 1. Jänner 1970 einheitlich für Wien eingeführt.

Hormonfütterung für Hühner: Ist in Österreich verboten. Für die Einfuhr werden Zertifikate verlangt. Daher "Keine Furcht vor österreichischen Hendlern!"

Die Überfremdung der Wirtschaft: dies hängt davon ab, ob im Inland eine Kapitalbildung möglich ist, oder nicht.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -